

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. Oktober 1997

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Elisabeth (Pommelsbrunn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 11	Lotz, Erika (SPD)	47, 48
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	38, 39
Bury, Hans Martin (SPD)	35, 36	Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	26, 27
Conradi, Peter (SPD)	29, 30	Mehl, Ulrike (SPD)	43, 44
Dietert-Scheuer, Amke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Özdemir, Cem (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Dreßen, Peter (SPD)	49, 50	Dr. Pohler, Hermann (CDU/CSU)	24, 25
Erlar, Gernot (SPD)	9, 10	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	16, 17
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	37	Dr. Schäfer, Hansjörg (SPD)	5, 6
Hagemann, Klaus (SPD)	56	Schlauch, Rezzo (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Ilte, Wolfgang (SPD)	33, 34	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	42, 55
Irber, Brunhilde (SPD)	45, 46	Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	31, 32
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	57, 58	Selle, Johannes (CDU/CSU)	61, 62
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	51, 52	Steindor, Marina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 28
Krüger, Thomas (SPD)	7, 8	Wallow, Hans (SPD)	18, 19
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	12, 13	Warnick, Klaus-Jürgen (PDS)	3, 4
		Westrich, Lydia (SPD)	40, 41
		Wright, Heidemarie (SPD)	59, 60

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

- | | |
|--|--|
| 1. Abgeordnete
Marina
Steindor
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, die bewerten, ob es sich bei einem Embryo im Achtzellstadium um totipotente – also noch nicht ausdifferenzierte Zellen, die als einzelne Zellen vom Wortlaut des Embryonenschutzgesetzes geschützt sind – oder um nicht-totipotente Zellen handelt?*) |
|--|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|--|--|
| 2. Abgeordnete
Elisabeth
Altmann
(Pommelsbrunn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Ist es nach Meinung der Bundesregierung notwendig, bei der Schaffung neuer Ausbildungsberufe in Zukunft mehr Umweltberufe einzurichten, und hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) beauftragt, entsprechende Untersuchungen in bezug auf das gesamte Bundesgebiet anzustellen? |
|--|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

- | | |
|--|---|
| 3. Abgeordneter
Klaus-Jürgen
Warnick
(PDS) | In wie vielen Kommunen Ostdeutschlands existieren nach Wissen der Bundesregierung per September 1997 sowie voraussichtlich per Januar 1998 Mietspiegel? |
| 4. Abgeordneter
Klaus-Jürgen
Warnick
(PDS) | Unter welchen Voraussetzungen sind nach Auffassung der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Übergang ostdeutscher Wohnungen ins Vergleichsmietensystem Mieterhöhungsverlangen nach § 2 des Miethöhengesetzes bereits im Oktober 1997 mit dem Ziel einer Mieterhöhung zum 1. Januar 1998 möglich? |

*) s. hierzu auch Frage 28

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

5. Abgeordneter
Dr. Hansjörg Schäfer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die US-Streitkräfte das System zur Versorgung der US-Armee Europa mit nicht-taktischen Fahrzeugen von „General Services Administration Non-Tactical Vehicle Programm“ in „USAREUR Interagency Fleet Management System“ umbenannt haben, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
6. Abgeordneter
Dr. Hansjörg Schäfer
(SPD)
- Welche Konsequenzen für die Situation der deutschen Zivilbeschäftigten sieht die Bundesregierung aufgrund der Umbenennung?
7. Abgeordneter
Thomas Krüger
(SPD)
- Trifft es zu, daß deutsche Jugendliche, die in den USA auf privater Basis – d. h. nicht durch die Vermittlung einer Austauschorganisation – eine nicht private Schule besuchen wollen, für den Schulbesuch ein „Schulgeld“ entrichten bzw. sich vor Erhalt des Visums zu dessen Zahlung verpflichten müssen, und wenn ja, wie hoch ist das „Schulgeld“?
8. Abgeordneter
Thomas Krüger
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung bereits unternommen, bzw. was beabsichtigt sie zu unternehmen, um diese finanzielle Belastung, die der Idee der Völkerverständigung zuwiderläuft, zugunsten der Schülerinnen und Schüler abzubauen?
9. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Förderung leistet die Bundesregierung derzeit für die institutionelle Politikberatung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, und wie hat sich diese Bundesförderung in den letzten Jahren entwickelt?
10. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- In welchem Umfang fördern nach Kenntnis der Bundesregierung andere vergleichbare Länder wie die Vereinigten Staaten von Amerika, England und Frankreich die institutionelle Politikberatung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, und welches sind die Veränderungen bei dieser Förderung in den letzten zehn Jahren?

11. Abgeordnete
**Elisabeth
Altmann
(Pommelsbrunn)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der derzeitige Planungsstand bei der vom Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, vorgesehenen Gründung einer Stiftung für Auswärtige Kulturpolitik?
12. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)
- Inwieweit hat sich die Bundesregierung im Rahmen bilateraler Gespräche mit der namibischen Führung für die Förderung der deutschen Sprache als Unterrichtssprache an staatlichen Schulen in Namibia eingesetzt, um so ein verstärktes Ausweichen der deutschen Minderheit auf separate Privatschulen zu verhindern?
13. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)
- Welche qualifizierten neuen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung in bezug auf den Stand der Auseinandersetzung um das Gesetz zur Nationalisierung der sogenannten Beutekunst vor dem russischen Verfassungsgericht vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

14. Abgeordneter
**Cem
Özdemir**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung bei der derzeitigen Erarbeitung der Verwaltungsvorschriften zum Ausländerrecht, die einschlägigen Fachverbände – wie auch sonst üblich – im Rahmen einer Anhörung einzubeziehen, und wenn nicht, warum?
15. Abgeordneter
**Cem
Özdemir**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, das am 26. Juni 1997 im Deutschen Bundestag und am 4. Juli 1997 im Bundesrat verabschiedete Gesetz zur Änderung ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften zur Veröffentlichung vorzubereiten, damit dieses in Kraft treten kann?

16. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Inwieweit sind die Dienstleistungsunternehmen und Dienststellen des Bundes, sowie – nach Kenntnis der Bundesregierung – der Länder, der Kommunen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften der bei Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Ladenschlußgesetzes angenommenen Entschließung (Drucksache 13/4975) des Deutschen Bundestages gefolgt und haben ihre Öffnungszeiten verlängert oder zumindest verlagert?
17. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Werden ggf. die verlängerten Öffnungszeiten von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen?
18. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Seit wann liegen die Brandschutzgutachten der Firmen W. und C. zum „Ausweichsitz der Verfassungsorgane des Bundes“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler vor, und gehört nach Kenntnis der Bundesregierung auch die sich eventuell anschließende Planung von Brandschutzmaßnahmen zu den geschäftlichen Aufgabenfeldern dieser Firmen?
19. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Warum ist auf die Einbeziehung unabhängiger Stellen der Feuerwehr in die brandschutztechnische Begutachtung verzichtet worden, und warum konnte es im Laufe der vergangenen Jahre überhaupt zu den von den Gutachtern behaupteten brandschutztechnischen Mängeln an der Bunkeranlage kommen?
20. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß zur Vorbereitung der Abschiebung von irakischen Staatsbürgern der ehemalige Innenminister des Landes Baden-Württemberg als Beauftragter und außerdem ein Arbeitsstab im Bundesministerium des Innern eingesetzt wurde, und wenn ja, welche Auskunft kann jeweils zum Zeitpunkt der Einsetzung und zur Zielsetzung gegeben werden?
21. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte haben ggf. der Beauftragte und der Arbeitsstab zur Abschiebung irakischer Staatsangehöriger im Bundesministerium des Innern bisher unternommen, die eine Abschiebung irakischer Staatsbürger vorbereiten sollen?

22. Abgeordneter
Rezzo Schlauch
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft die Meldung der niederländischen Tageszeitung *De Telegraaf* vom letzten Donnerstag, dem 23. Oktober 1997, zu, wonach nach Aussage des niederländischen Staatssekretärs Schmitz eine Delegation des niederländischen Außen- und Justizministeriums in dieser Woche zu einem offiziellen Besuch nach Bonn reist, um sich über die bekanntgewordene und geplante Absicht der Bundesregierung, die Einreise von irakischen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen zu begrenzen und irakische Staatsbürger abzuschieben, zu informieren, und wenn ja, welche Auskunft kann zu Zeitpunkt und Gesprächspartnern gegeben werden?
23. Abgeordneter
Rezzo Schlauch
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Vertretern der EU-Mitgliedsländer hat es bisher Gespräche zur Koordinierung der Abschiebung von irakischen Staatsbürgern gegeben, und wie schätzen nach Kenntnis der Bundesregierung die übrigen Mitgliedstaaten der EU die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Republik Irak (einschließlich der kurdischen Gebiete) ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

24. Abgeordneter
Dr. Hermann Pohler
(CDU/CSU)
- Kann der Gutachterausschuß bei einer Auskunft nach § 7 Abs. 1 der Nutzungsentgeltverordnung in der Fassung vom 30. Juli 1997 bei der Anwendung des „Vergleichswertverfahrens“ in die Berechnung der beauskunfteten Höhe der Nutzungsentgelte auch Nutzungsentgelte in die Betrachtung einbeziehen, die infolge des Erhöhungsmechanismus nach der Nutzungsentgeltverordnung seit 1993 entstanden sind?
25. Abgeordneter
Dr. Hermann Pohler
(CDU/CSU)
- Muß der Gutachterausschuß darüber Auskunft erteilen, welche Arten von Nutzungsentgelten (frei vereinbart, Eintritt in Alt-Verträge, Alt-Verträge) er in die Berechnung bzw. Betrachtung einbezogen hat?
26. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Was versteht die Bundesregierung bei der Nutzungsentgeltverordnung in der Fassung vom 30. Juli 1997, BGBl. I S. 1920 in § 3 Abs. 2 unter „vergleichbar genutzte Grundstücke“ und unter „tatsächlicher Nutzung unter Berücksichtigung der Art und des Umfangs der Bebauung der Grundstücke“ und in § 3 Abs. 3 unter „tatsächlicher Nutzung des Grundstücks“?

27. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Kann der Gutachterausschuß bei einer Auskunft nach § 7 Abs. 1 der Nutzungsentgeltverordnung in der Fassung vom 30. Juli 1997 bei der Anwendung des „Vergleichswertverfahrens“ die beauskunftete Höhe der Nutzungsentgelte lediglich aus nach 1990 frei vereinbarten Entgelten bilden, oder kann er außerdem Entgelte einbeziehen, die aus nach 1990 neu vereinbarten Verträgen herrühren, wo es sich aber lediglich um eine faktische Übernahme von Vertragskonditionen handelt, die von einem vor 1990 begründeten Nutzungsvertrag herrühren?
28. Abgeordnete
Marina Steindor
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die in der Presse geäußerten „persönlichen Meinungen“ von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesministeriums der Justiz und des Bundesministeriums für Gesundheit („Acht Zellen Mensch minus eins“ in der Frankfurter Rundschau vom 20. Oktober 1997), daß die Präimplantationsdiagnostik – also die genetische Untersuchung eines im Reagenzglas gezeugten achtzelligen Embryos – durch das Embryonenschutzgesetz abgedeckt und damit rechtlich zulässig sei? *)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

29. Abgeordneter
Peter Conradi
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die mit der Einführung des EURO vorhandenen Kosten, beispielsweise die Kosten für die Umstellung der kommunalen Fahrkartenautomaten und Parkuhren, und wer wird diese Kosten bezahlen?
30. Abgeordneter
Peter Conradi
(SPD)
- Welche Kosten entstehen durch die Einführung des EURO bei der Bundesregierung?
31. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)
- Trifft es zu, daß im Zuge einer Anweisung des Bundesministeriums der Finanzen bei der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland pro Person ca. 10 DM abgeführt werden müssen, und gilt dies auch, wenn die Einreise nach Deutschland durch polnische Schülergruppen ausschließlich zu dem Zweck der Durchführung eines Schüleraustausches im Rahmen von Schulpartnerschaften durchgeführt wird?

*) s. hierzu auch Frage 1

32. Abgeordnete
**Dr. Angelica
Schwall-Düren**
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung die Einreise im Rahmen von Schüleraustauschprogrammen einfacher zu gestalten und die betreffenden Schüler von der Entrichtung eines Geldbetrages zu befreien?
33. Abgeordneter
**Wolfgang
Ilte**
(SPD)
- Trifft es zu, daß Neubauten von Kindereinrichtungen und Sportstätten nicht als förderungsfähig im Sinne des Investitionsförderungsgesetzes anerkannt werden, und auf welche rechtlichen Grundlagen stützt sich dabei die Haltung der Bundesregierung?
34. Abgeordneter
**Wolfgang
Ilte**
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen, wenn Neubauten von Kindertages- und Sportstätten von Kommunen gutgläubig über Mittel des Investitionsförderungsgesetzes begonnen und für den Weiterbau Verpflichtungsermächtigungen ausgereicht wurden?
35. Abgeordneter
**Hans Martin
Bury**
(SPD)
- Welche Auffassung haben jeweils der Bundesminister der Finanzen, der Präsident des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (BAV) und der Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Beamten-Lebensversicherung in dem am 23. Januar 1997 im Bundesministerium der Finanzen stattgefundenen Gespräch über die mißbräuchlich vergebenen „Optima“-Lebensversicherungsdarlehen vertreten, und welchen konkreten Einfluß auf den Entscheidungsfindungsprozeß im BAV hatte dieses Gespräch?
36. Abgeordneter
**Hans Martin
Bury**
(SPD)
- Mit welcher Begründung hält das Bundesministerium der Finanzen einen Verstoß gegen geltendes Recht, wie er im Fall der mißbräuchlich vergebenen „Optima“-Lebensversicherungsdarlehen vorliegt, für keinen hinreichenden Grund, um die „Zuverlässigkeit“ der Geschäftsleiter der involvierten Unternehmen anzuzweifeln, und welches „erhebliche“ Fehlverhalten wäre über den Verstoß gegen geltendes Recht hinaus notwendig, um die „Zuverlässigkeit“ von Geschäftsleitern von Versicherungsunternehmen eindeutig in Frage zu stellen?
37. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Hacker**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die Verlagerung der Bundesvermögensabteilung der Oberfinanzdirektion Rostock nach Hamburg in nächster Zukunft als strukturelle Folge eine Verlagerung der gesamten Bundesabteilung zu Lasten der Hansestadt Rostock nach sich ziehen wird, da die spezifischen Aufgabenstellungen

dieser Abteilung die Arbeit an einem zentralen Standort erforderlich machen, und wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung die Bearbeitung der größtenteils schwerpunktmäßig auf das Land Mecklenburg-Vorpommern bezogenen, sehr spezifischen Aufgabestellungen im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern sicherzustellen?

38. Abgeordnete
**Dr. Christine
Lucyga**
(SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, der zwischen den Vorschlägen der Unabhängigen Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992 (Drucksache 12/2853 [neu]) für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder und der jetzt geplanten bzw. teilweise bereits vollzogenen Verlagerung von Einrichtungen des Bundes – wie z. B. den Oberfinanzdirektionen – aus den neuen in die alten Bundesländer besteht?

39. Abgeordnete
**Dr. Christine
Lucyga**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die beabsichtigte Schließung der Zoll- und Verbrauchssteuerabteilung bei der Oberfinanzdirektion Rostock und ihre Verlegung nach Hamburg für den Direktionsbereich Rostock und für das Land Mecklenburg-Vorpommern zur Folge hat, daß eine sachgerechte Erfüllung des Aufgabenspektrums dieses durch die grüne Grenze zu Polen unter besonders schwierigen Bedingungen arbeitenden Bereichs akut gefährdet oder sogar unmöglich gemacht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

40. Abgeordnete
**Lydia
Westrich**
(SPD)

Wie steht die Bundesregierung zu der Auffassung, daß aus ökonomischer Sicht die Mittelausstattung für die Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eigentlich verbessert werden müßte, wenn man berücksichtigt, daß z. B. im Land Rheinland-Pfalz der Einsatz der GA-Mittel ungefähr das achtfache an privaten Investitionen auslöst und die Förderung vor allem der Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen zugute kommt?

41. Abgeordnete
Lydia Westrich
(SPD)
- Ist die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer seinerzeit strittigen Beteiligung am KONVER-Programm der EU, das sich z. B. gerade in meinem Wahlkreis Pirmasens/Zweibrücken äußerst positiv ausgewirkt hat, nicht gewillt, Förderinstrumenten mit nachgewiesenen Synergieeffekten, wie der GA, den Vorzug zu geben, bzw. welche anderen Instrumente bevorzugt sie, um gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse in allen Bundesländern herzustellen?
42. Abgeordneter
Heinz Schmitt (Berg)
(SPD)
- Welche deutschen Firmen produzieren gegenwärtig Landminen, und wer sind die Abnehmer dieser Landminen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

43. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Zu welchem Ergebnis kommt das der Bundesregierung vorliegende Gutachten von Prof. Waibel, Hannover, über eine Kostennutzenanalyse des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung für ihre Agrar- und Umweltpolitik aus diesem Gutachten?
44. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Mit welchen Kosten werden in dem Gutachten die durch den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln entstehenden Verluste bei den Tier- und Pflanzenarten, die homonellen und insgesamt gesundheitlichen Auswirkungen bei Tieren und Menschen und die Aufwendungen für alternative Trinkwasserbeschaffung bzw. -aufbereitung angesetzt, und wie sollten die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln an der Finanzierung dieser Kosten beteiligt werden?
45. Abgeordnete
Brunhilde Irber
(SPD)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung, vor dem Hintergrund des nachhaltigen Borkenkäferbefalls deutscher Waldpopulationen im allgemeinen sowie des Nationalparks Bayerischer Wald im besonderen und angesichts des nach wie vor lückenhaften und widersprüchlichen Forschungsstandes, die Notwendigkeit, Geldmittel für weitere und intensive Forschungen zum Verhalten des Borkenkäfers und möglicher biologischer Eindämmungsstrategien zur Verfügung zu stellen?

46. Abgeordnete
**Brunhilde
Irber**
(SPD)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen dem derzeit im Nationalpark Bayerischer Wald zu beobachtenden massiven Borkenkäferbefall und der allgemeinen Luftverschmutzung mit den bekannten Folgeerscheinungen, wie erhöhte Ozonbelastung und Klimaerwärmung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

47. Abgeordnete
**Erika
Lotz**
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung eine mögliche Wiedereröffnung von Werkvertragskontingenten für osteuropäische Staaten, nachdem die Kontingente in den letzten Jahren deutlich zurückgeführt worden sind, und hält die Bundesregierung eine mögliche Wiedereröffnung von Werkvertragskontingenten vor dem Hintergrund der prekären Lage in der Bauwirtschaft für einen konstruktiven Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit?
48. Abgeordnete
**Erika
Lotz**
(SPD)
- Wie verhält sich die Bundesregierung zu dem Umstand, daß rund die Hälfte der bei Kontrollen aufgefallenen illegalen Beschäftigten zuvor als Werkvertragsarbeiter tätig waren, und ist die ursprüngliche Begründung für Werkvertragskontingente mit osteuropäischen Staaten noch tragfähig, wonach diese einen deutschen Beitrag zur Umstellung dieser „Volkswirtschaft auf marktwirtschaftliche Strukturen im Hinblick auf die Vermittlung von Know-how“ und der Erwirtschaftung von Devisen darstellen sollten?
49. Abgeordneter
**Peter
Dreßen**
(SPD)
- Wie viele Werkvertragsarbeitnehmer sind derzeit in Deutschland tätig, und wann laufen die aktuellen Kontingente aufgrund der Intervention der Europäischen Kommission gegen die bis dahin bestehenden Regelungen aus?
50. Abgeordneter
**Peter
Dreßen**
(SPD)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur Intervention der Europäischen Kommission ein, und wie will sie ggf. die Möglichkeiten von Werkvertragskontingenten, insbesondere für osteuropäische Staaten, wiederherstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

51. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Ist die StS-Weisung 123032 vom 22. Juli 1994 des Bundesministeriums der Verteidigung zu Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr, in der es heißt, „eine Phasenüberlappung zwischen Entwicklung und Beschaffung ist dann unzulässig, wenn bedeutsame Komponenten des Vorhabens noch nicht fertig entwickelt sind, auch wenn frühere Zeitvorstellungen dann nicht eingehalten werden können“, noch gültig?
52. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Trifft diese Weisung – falls sie noch gültig ist – dann auch auf das Beschaffungsvorhaben „Eurofighter“ zu?
53. Abgeordnete
Annelie Buntenbach
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe haben zu der Entscheidung der Bundeswehr geführt, sich aktiv an dem Bundestreffen der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e. V.“ vom 17. bis 19. Oktober 1997 in Hammelburg zu beteiligen, und warum wurde die Beteiligung später abgesagt?
54. Abgeordnete
Annelie Buntenbach
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit haben sich trotz der Absage der Bundeswehr Soldaten an Veranstaltungen des Bundestreffens der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e. V.“ beteiligt, und welche Konsequenzen wird die Bundeswehr ggf. daraus ziehen?
55. Abgeordneter
Heinz Schmitt
(Berg)
(SPD)
- Wie viele Soldaten der Bundeswehr sind im Rahmen des SFOR-Einsatzes in Bosnien bisher zu Schaden oder ums Leben gekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

56. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Wie soll künftig nach den Vorstellungen des Bundesministeriums für Verkehr die Benutzung von Inline-Skates im Straßenverkehr und insbesondere auf Fahrradwegen geregelt werden, und bis wann ist ggf. mit einer Änderung der Straßenverkehrsordnung zu rechnen?

57. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen haben die für die im Rhein-Neckar-Dreieck gelegenen Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen zuständigen Behörden sich angesichts der in Anbetracht der Schließung der Ausfahrt der Autobahnanschlußstelle Mannheim-Sandhofen, der Pfeilersanierung an der Brücke unter der A 6 bei Mannheim-Seckenheim, der Reparaturarbeiten an der A 6 zwischen Schwetzingen und dem Dreieck Hockenheim und der Brückensanierung auf der A 5 beim Heidelberger Kreuz zu erwartenden, gravierenden Staus nicht auf eine zeitlich abgestufte und abgestimmte Abfolge bei den Straßenerneuerungsmaßnahmen verständigt?
58. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Sind die für die Straßenerneuerungs- und -reparaturmaßnahmen im Rhein-Neckar-Dreieck zuständigen Behörden bereit, im Hinblick auf die seit einigen Wochen andauernde außergewöhnlich schwierige Verkehrslage im Bereich Mannheim Konsequenzen zu ziehen, die zu einer sofortigen, spürbaren Entspannung der Stausituation führen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

59. Abgeordnete
Heidemarie Wright
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die von der aktuellen Brandkatastrophe betroffenen Ländern in Südostasien und Südamerika bei der aktuellen Brandbekämpfung und der Minderung der Umweltbelastungen zu unterstützen?
60. Abgeordnete
Heidemarie Wright
(SPD)
- Über welche Konzepte verfügt die Bundesregierung und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, damit in Zukunft solche, teils aus Umweltbedingungen, teils aus selbst initiierten Brandrodungen verursachten Brandkatastrophen von vornherein vermieden werden?
61. Abgeordneter
Johannes Selle
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist die anlässlich des jüngsten China-besuchs des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von der Bundesregierung zugesagte oder in Aussicht gestellte Entwicklungshilfe für die Volksrepublik China, und in welche Projekte fließen diese Mittel?

62. Abgeordneter
Johannes
Selle
(CDU/CSU)

Wurden oder werden bei der Zusage von Entwicklungshilfe an die Volksrepublik China Bedingungen vereinbart, die sich unmittelbar oder mittelbar positiv auf die Schaffung oder Erhaltung deutscher Arbeitsplätze auswirken?

Bonn, den 24. Oktober 1997

